Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 46 (1999)
Heft: 4

Rubrik: ZS-Partner = Partenaires PCi

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Von der Ortsfeuerwehr zur Feuerwehr Schweiz

Drei. «Natur- und zivilisationsbedingte Grossereignisse und Katastrophen können jederzeit und unerwartet über uns hereinbrechen», schreibt Werner Niederer, Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden und Präsident der Regierungskonferenz für die Koordination des Feuerwehrwesens, im Vorwort zur Konzeption «Feuerwehr 2000 plus», die am 12. Februar 1999 von der Regierungskonferenz gutgeheissen und verabschiedet wurde. Zur Erarbeitung von Grundlagen über Aufgabenumfang, Tätigkeitsgebiet, Strukturen, Organisation, Personalbestände und Ausrüstung eines künftigen schweizerischen Feuerwehrwesens gehöre auch die Beurteilung der ergänzenden Mittel von Armee und Zivilschutz mit dem Ziel, Doppelspurigkeiten zu beseitigen und die Aufgabenteilung im Schnittstellenbereich zu hinterfragen, hält Niederer weiter fest. Mit der vorliegenden Konzeption der Regierungskonferenz für das Feuerwehrwesen sei erstmals eine Grundlage zu einer politisch abgestützten Auffassung «Feuerwehr Schweiz» geschaffen worden.

Weniger Leute – mehr Aufgaben

Das Resultat dieser in 22 Thesen gefassten «empfehlenden Grundlage» ist im wesentlichen bekannt: gesamtschweizerisch eine Reduktion der Feuerwehrbestände von heute 160 000 auf 110 000; Zusammenlegung mehrerer Feuerwehren, «wo möglich und politisch akzeptiert»; Feuerwehr und verbleibende Teile des Zivilschutzes sind auf Gemeindestufe unter ein Kommando zu stellen; die Materialbeschaffungen des VBS zur subsidiären Katastrophenhilfe sind mit der Regierungskonferenz für die Koordination des Feuerwehrwesens abzusprechen; die als Teile des Bevölkerungsschutzes verbleibenden Mittel des bisherigen Zivilschutzes sind zu kantonalisieren und auf die bereits vorhandenen Mittel von Polizei, Feuerwehr und weiteren Einsatzorganisationen abzustimmen, und es sind «Instandstellungsformationen (aus Beständen des Zivilschutzes) zu schaffen, für die gesamtschweizerisch nicht mehr als 4000–6000 Personen erforderlich sind.

Eine Diskussionsgrundlage

«Wir haben es bei diesem Konzept mit Richtlinien zu tun, die überprüft und diskutiert werden müssen», sagte Beda Sartory, Vorsitzender der Expertengruppe «Feuerwehr 2000 plus» und Sicherheitschef der Stadt Wil SG. Sartory verwies im Gespräch mit «Zivilschutz» auf die Empfehlungen der Expertengruppe, welche den Bericht als Basisdokument für Verhandlungen mit dem VBS verstanden haben will. Sodann sollen die Grundsätze über Organisation, Ausrüstung und Einsatz der Feuerwehren in empfehlendem Sinn den Kantonen und Gemeinden zur Kenntnis gebracht werden. Hierauf sollen dem Schweizerischen Feuerwehrverband die Mandate für die Koordination der Erarbeitung aktueller Ausbildungsgrundlagen und neuer «Richtlinien für die Feuerwehren» auf Grundlage dieser Konzeption übertragen werden.

Zum Beispiel in Nidwalden

Das Konzept «Feuerwehr 2000 plus» ist zum Thema geworden, hat Emotionen geweckt und Diskussionen ausgelöst. So schrieb die «Neue Nidwaldner Zeitung» in ihrem Bericht über die Delegiertenversammlung des Feuerwehrverbandes Nidwalden und Engelberg: «Die Feuerwehren halten sich mit dem Konzept ‹Feuerwehr 2000 plus› weiterhin im Gespräch. Sie wollen ihre Position im Verbund mit anderen Organisationen stärken.» Regierungsrat Beat Fuchs, Sicherheitsdirektor des Kantons Nidwalden, betonte allerdings, das vorliegende Konzept beinhalte keine Beschlüsse, sondern erst 22 Grundaussagen, welche teilweise recht provokativ seien. Zum Verhältnis «Feuerwehr – Zivilschutz» sagte Fuchs, der Bevölkerungsschutz 200X werde Aussagen machen müssen, wie er im Verbund auf die kantonalen Bedürfnisse zur Unterstützung von Feuerwehr, Polizei und sanitätsdienstlichen Rettungsdiensten ausgerichtet wer-

Die Feuerwehr will mit ihren anspruchsvollen Reformplänen «hoch hinaus».

Die Männer und Frauen der Feuerwehren sind während 24 Stunden im Tag abrufbereit.

FOTOS: E. REINMANN

de. Walter Egger, Zentralpräsident des Schweizerischen Feuerwehrverbandes, stellte an derselben Tagung fest, durch die Präsentation des Konzeptes «Feuerwehr 2000 plus» hätten die Feuerwehren endlich jene Resonanz erhalten, die sie schon längst verdient hätten. Mit dem neuen Konzept seien keineswegs die möglichen Partnerorganisationen wie Samaritervereine, Armee oder Zivilschutz hinterfragt worden. Vielmehr gehe es darum, dass die Feuerwehren selbstkritisch ihr Angebot in die anstehende Diskussion mit Armee, Bevölkerungsschutz und anderen Organisationen einbringen könnten.
Auf Anfrage der Zeitschrift «Zivilschutz» wies der Nidwaldner kantonale Feuerwehrinspektor Urs Genhart auf die besonderen Verhältnisse im Gebirgskanton hin. «Wir haben die Feuerwehrbestände bereits in den letzten Jahren um 25 Prozent reduziert und überprüfen nun, ob eine weitere Straffung möglich ist», sagte er. Den Zusammenschluss von Feuerwehren hält Genhart nicht für zwingend notwendig. Genhart: «Die Nachbarhilfe funktioniert schon jetzt sehr gut und wird in Zukunft noch mehr zum Tragen kommen. Sodann sind die Alarmierungsmöglichkeiten vielfältiger geworden und wurden optimiert.» Einen Spareffekt kann Genhart bei gemeinsamen Materialbeschaffungen ausmachen. Im Verhältnis zum Zivilschutz sieht er keine Probleme. Bereits bei der (in Nidwalden sehr raschen) Umsetzung der Zivilschutz-Reform 95 wurde bestimmt, dass die Feuerwehr das Zivilschutz-Pikett (Nidwaldner Lösung anstelle von Rettungszügen) direkt aufbieten kann.

Verstärkte Zusammenarbeit

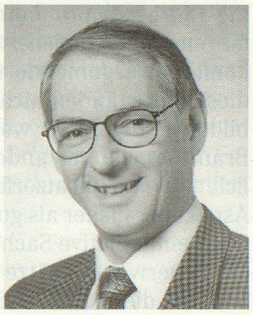
Die Luzerner Gemeinde Rain (1700 Einwohner – nach bereits stattgefundener Reduktion noch 70 Feurwehreingeteilte) erarbeitet zusammen mit der grösseren Nachbargemeinde Rothenburg (über 6000 Einwohner) ein Zusammenarbeitsabkommen. Erste konkretisierende Gespräche fanden Mitte März statt. Eine Fusion der beiden Feuerwehren ist jedoch kein Thema. Der Rainer Feuerwehrkommandant Peter Helfenstein sieht eine Zusammenarbeit vor allem in den Bereichen Ausbildung und Materialbeschaffung. Dort könnte auch ein bescheidenes Sparpotential drinliegen. Ansonsten kann sich Helfenstein einen gesamtschweizerisch zu erzielenden Spareffekt von 50 bis 100 Millionen Franken schwerlich vorstellen. Allenfalls liesse sich noch bei den Berufsfeuerwehren abbauen, wobei eine solche Massnahme allerdings genau geprüft werden müsste. Helfenstein hat auch Mühe mit dem angeblich schlechteren Ausbildungsstand kleinerer Feuerwehren. «Unsere Leute absolvieren genau die gleiche Ausbildung wie die Angehörigen der grossen Feuerwehren», sagte er. «Nur ist die Ausbildung bei uns effizienter, weil wir in kleinen Gruppen üben können, in denen jeder zum Zuge kommt.»

Bruno Zeyer: «Ich staune»

«Das Konzeptpapier Feuerwehr 2000 plus ist zwar eine recht provokative Diskussionsgrundlage», sagte Bruno Zeyer, Chef ZSO der Stadt Luzern. «Aber ich gratuliere den Verantwortlichen zu diesem Konzept.» Nach Zeyers Auffassung, der seine Stellungnahme als persönliche Meinung aus der Sicht eines städtischen Chefs ZSO verstanden haben will, stehen Leute hinter dem Konzept, die versucht haben, die momentan herrschenden Wirren in verständliche Strukturen zu lenken. Die jetzt auf dem Tisch liegenden Ideen hätten sich schon lange abgezeichnet. Unter dem zunehmenden Spardruck sei die Einsicht eingekehrt, dass der Sicherheitskuchen neu verteilt werden müsste und dass es keine Doppelspurigkeiten mehr geben dürfte. Verteilen heisst aber, sich zu überlegen, wer welche Kernaufgaben zu lösen hat und sich nicht darüber zu streiten. In der Stadt Luzern wurde zwischen Polizei, Feuerwehr und Zivilschutz ein vorbildliches und zukunftsorientiertes Konzept für die Katastrophenhilfe erarbeitet.
Für sehr problematisch, ja geradezu gefährlich erachtet Zeyer die in Zivilschutzkreisen weit verbreitete Tendenz, sich auf geltende Gesetze und in Kraft stehendes Recht abzustützen und sich damit zu beruhigen. Zeyer: «Ein Gesetz ist nur gut und brauchbar, wenn es von der Bevölkerung getragen wird.» Nach Zeyers Meinung hätte der Zivilschutz gut daran getan, ein Strategiepapier nach dem Vorbild der Feuerwehr zu erarbeiten, und es sei auch jetzt noch nicht zu spät dafür. Der in ein Gesamtkonzept «Bevölkerungsschutz» eingebettete Zivilschutz hat auch in Zukunft seine Existenzberechtigung, ist Zeyer überzeugt. Aber die Anforderungen und Bedürfnisse müssen sehr genau und differenziert abgeklärt werden. Eine städtische ZSO ist nicht mit einer solchen auf dem Lande vergleichbar. Eines gilt jedoch generell: Der Zivilschutz muss zum verlässlichen Partner der Feuerwehr werden, und es muss eine Vertrauensbasis geschaffen werden. Dann lässt sich sogar darüber diskutieren, ob die Einsatzreihenfolge – zuerst Feuerwehr und dann Zivilschutz – in allen Fällen richtig ist. In bestimmten Situationen ist nämlich auch eine Arbeitsteilung denkbar. Und für Langzeitaufgaben verfügt ohnehin nur der Zivilschutz über die personellen Ressourcen. ▲

«Feuerwehr 2000 plus» zur Diskussion gestellt

Mit «50 000 Mann weg von der Spritze» betitelte eine auflagestarke Tageszeitung das Projekt «Feuerwehr 2000 plus» und sparte im zugehörigen Kommentar nicht mit Kritik. Auch Zivilschutzkreise bleiben von den Ideen der Feuerwehr-Sachverständigen nicht unberührt. Als Fachzeitschrift will «Zivilschutz» das Thema jedoch emotions- und wertungsfrei behandeln. Sie stellte deshalb Beda Sartory, der massgeblich am Konzept mitgearbeitet hat, einige Fragen.


Beda Sartory

• Herr Sartory, einmal mehr steht die Kostenfrage im Vordergrund. Es sollen auf Kantons- und Gemeindeebene pro Jahr 50 bis 100 Millionen Franken eingespart werden. Unter dem Aspekt der Bestandesreduktion ist dieses Einsparungspotential einleuchtend. Anderseits erfordert die angestrebte grössere Effizienz der Feuerwehren auch eine intensivere Ausbildung und allenfalls eine Optimierung des Materials. Zudem sollen den Feuerwehren Aufgaben überbunden werden, die vom Zivilschutz wahrgenommen werden. Das könnte teuer werden. Deshalb die Frage: Ist das angestrebte Einsparungspotential realistisch und in welchen Bereichen greift es effektiv?

Ihre Frage betrifft mehrere zum Teil zusammenhängende Bereiche. Die angesprochene Bestandesreduktion ist aufgrund einer rein fachlichen Beurteilung und aus gesamtschweizerischer Sicht betrachtet möglich. Die Feuerwehrbestände in der Schweiz liegen im internationalen Vergleich an der oberen Grenze. Auch in der Schweiz gibt es von Kanton zu Kanton grosse Bestandesunterschiede. Diese schwanken von 0,3 AdF (Angehörige der Feuerwehr) pro 100 Einwohner (niedrigste Dichte) bis 5,4 AdF pro 100 Einwohner (höchste Dichte). Der schweizerische Durchschnitt liegt heute bei 2,2 AdF pro 100 Einwohner. Allerdings müssen bei diesem Vergleich die örtlichen und regionalen Besonderheiten berücksichtigt werden. Durch engere Zusammenarbeit unter den Feuerwehren und, dort wo möglich, durch Reduktion der Bestände sowie durch eine

besser abgestimmte, modulartig aufgebaute Ausrüstungsbeschaffung könnte das angesprochene Einsparungspotential erreicht werden, sofern die Empfehlungen in allen Kantonen konsequent umgesetzt werden. Die Übernahme von Aufgaben des Zivilschutzes ist lediglich in Teilbereichen und differenziert zur Prüfung empfohlen. Die Kostenfrage ist in diesem Zusammenhang nicht näher untersucht worden.

• Sind kleinere Feuerwehren mit nur wenig Einsätzen pro Jahr wirklich so unerfahren und ineffizient, wie die Regierungskonferenz argumentiert hat? Müsste unter diesen Umständen nicht eher bei der Ausbildung angesetzt werden? Denn kein Brand ist wie der andere und diesbezüglich ist die Einsatzerfahrung unter dem Aspekt der bisher als gut geltenden Ausbildung eine relative Sache. Zudem betreffen die Feuerwehreinsätze nur zu einem kleinen Teil die Brandbekämpfung. Viel grösser ist der Anteil an der Bewältigung anderer Ereignisse, wie zum Beispiel Überflutungen. Konkret: Wo fehlen bei kleineren Feuerwehren die Einsatzerfahrung und Effizienz?

Es wird im Bericht nie von Ineffizienz gesprochen, sondern von «oft ungenügendem Erfahrungsstand, der durch Ausbildung nicht vollständig wettgemacht werden kann». Jeder Feuerwehrfachmann bestätigt, dass mit zunehmender Einsatzerfahrung die Effizienz steigt. Ebenso, dass die Einsatzerfahrung nur bedingt durch Ausbildung wettgemacht werden kann. Dies ist keine Kritik an den kleineren Feuerwehren, die ihre Arbeit überwiegend gut machen, sondern eine Feststellung. Hier kann durch engere Zusammenarbeit unter den Ortsfeuerwehren vielerorts eine Optimierung erreicht werden.

• Ist es letztlich das Ziel der Konzeption «Feuerwehr 2000 plus», mehr professionelle oder halbprofessionelle Feuerwehren zu schaffen?

Nein, ganz sicher nicht. Vielmehr soll, wie in der Konzeption beschrieben, durch verschiedene Optimierungsmassnahmen eine professionelle Hilfe durch gut ausgerüstete und gut geschulte Milizfeuerwehren noch besser gewährleistet werden.

• Wurde bei den Überlegungen der Regierungskonferenz angemessen berücksichtigt, dass die Feuerwehren einen hohen gesellschaftspolitischen Stellenwert haben? Die Feuerwehr ist – insbesondere in einer kleineren Gemeinde – eine Institution mit starker Einbindung in die Bevölkerung. Befürchtungen laufen darauf hinaus, dass die Feuerwehr bei zu weit gehender Rationalisierung und Regionalisierung ihrer Identität und damit ihrer Motivation beraubt werden könnte?

Dies ist ein wichtiger Aspekt, der insbesondere von den Kantonen und Gemeinden bei der Umsetzung mit berücksichtigt werden muss. Deshalb steht auch in erster Linie die engere Zusammenarbeit unter den Feuerwehren im Vordergrund. Zusammenlegungen unter ein Kommando sind dann zu prüfen, wenn sie fachlich möglich und politisch akzeptiert sind. So lautet auch die Empfehlung in der Konzeption «Feuerwehr 2000 plus». Trotz allem bleibt wohl die Tatsache, dass die Kostenfrage in der heutigen Zeit der allgemein knappen Finanzen die Entscheide massgeblich beeinflussen wird.

• Noch eine Frage an den Zivilschutz-Fachmann. Welche Aufgaben soll der Zivilschutz an die Feuerwehr abtreten? Dies ist nicht ganz klar, weil auch andere Institutionen wie die Armee, Gemeindebetriebe und private Unternehmungen Aufgaben des Zivilschutzes übernehmen sollen. Es stellt sich zudem die Frage, ob es in Zukunft den Zivilschutz überhaupt noch braucht, wenn er zu einer Rumpforganisation rationalisiert wird.

Vorweg, den Zivilschutz braucht es auch in Zukunft. Er hat wichtige Aufgaben im Bereich Betreuung, Logistik und rückwärtige Führungsunterstützung wahrzunehmen. Dazu braucht er allerdings wesentlich weniger Personal als heute. Zu prüfen ist auch, ob bestimmte Aufgaben, die direkt mit dem Einsatz im Frontbereich zusammenhängen, nicht teilweise der Feuerwehr übertragen werden sollten. Dabei handelt es sich um Aufgaben, die heute schon in den meisten Fällen von Feuerwehr, Polizei und Sanität wahrgenommen werden, wie zum Beispiel Betreuung von in der Akutphase eines Ereignisses evakuierten Personen in den ersten 1 bis 2 Stunden oder Versorgung (Verpflegung, Betriebsstoffnachschub usw.) in den ersten 12 bis 24 Stunden. Hierbei wäre eine differenzierte Regelung in zeitlichen Phasen anzustreben. Selbstverständlich sind die damit verbundenen Finanzmodalitäten klar und transparent zu regeln.

• Wie ist ganz generell das Konzept «Feuerwehr 2000 plus» zu gewichten? Als Diskussionsgrundlage oder als Forderung? Es herrscht ja die Meinung, dass das Konzept «Bevölkerungsschutz 200X» partnerschaftlich und koordiniert erarbeitet werden soll.

Die Konzeption ist genau so zu verstehen, wie es in der Ziffer 9.6 «Empfehlung der Expertengruppe» steht. Mit der Genehmigung hat die Regierungskonferenz für die Koordination des Feuerwehrwesens beschlossen,
- *die Konzeption sei ein Basisdokument für die Verhandlungen mit dem VBS,*
- *die Grundsätze über die Organisation, Ausrüstung und Einsatz der Feuerwehren werden den Kantonen und Gemeinden in empfehlendem Sinn bekanntgegeben,*
- *dem Schweizerischen Feuerwehrverband werden die Mandate für die Koordination der Erarbeitung aktueller Ausbildungsunterlagen und neuer Richtlinien für die Feuerwehren auf der Grundlage dieser Konzeption übertragen.*

Damit dürften wohl viele Unklarheiten beseitigt sein.

Interview: Eduard Reinmann

Hinweise zur Konzeption «Feuerwehr 2000 plus»

- Es ist wichtig, den 44seitigen Bericht genau zu lesen, bevor man darüber diskutiert.
- Im Bericht haben die Feuerwehren ihre Karten offen auf den Tisch gelegt und ihre Sicht der Dinge als Verhandlungsbasis bekanntgegeben. Es wäre wünschenswert, wenn dies die übrigen Partner mit der gleichen Offenheit auch täten.
- Es ist klar, dass ein neues Konzept, das am gewohnten rüttelt oder kratzt, nicht überall unvoreingenommen und offen aufgenommen wird. Ebenso ist verständlich, dass am einen oder andern Ort auch eine gewisse Existenzangst mitspielt.

Die Konzeption «Feuerwehr 2000 plus» kann bezogen werden:

Regierungskonferenz
für die Koordination des Feuerwehrwesens (RKKF)
Postfach 10
9102 Herisau
Telefon 071 353 00 53
Fax 071 353 00 59
E-Mail info@assekuranz.ch

«Feuerwehr 2000 plus»

Konzeption oder Irritation?

Der Autor ist im Kanton Thurgau Chef des Amtes für Zivilschutz, Leiter der Koordinationsstelle Gesamtverteidigung und Stv Stabchef im Kernstab. Er vertritt in diesem Artikel seine persönliche Meinung. Passagen aus dem Bericht sind kursiv dargestellt. Die Auszeichnungen (unterstrichen) stammen vom Autor.

Wir befürworten nicht nur den «Sicherheitsverbund», wir praktizieren ihn auch seit Jahren. So ist es selbstverständlich, dass im Kanton Thurgau beispielsweise die Rettungszüge durch den Einsatzleiter der Feuerwehr direkt aufgeboten werden können. Und die Feuerwehr ist und bleibt auch für mich das Instrument für die Bewältigung von Alltagsereignissen, die ja gemäss Bericht über 99% aller Einsätze ausmachen. Als Zivilschutz- und Gesamtverteidigungsmann mit über 30 Jahren Erfahrung und als ehemaliger Rettungsoffizier will ich aufzeigen, wo der Bericht «nachgebessert» werden muss, weil er Fragen nicht beantwortet, plakative oder falsche Aussagen macht und damit teilweise mehr Irritation als Klarheit schafft.

Ich habe zuerst Mühe, den Bericht einzuordnen: Einerseits soll er eine *Konzeption* bzw. ein *«Verhandlungspapier mit dem VBS»* sein. Dann ist er aber auch ein Expertenbericht und eine Grundlage *«für eine politisch abgestützte Auffassung Feuerwehr Schweiz»*. Ich bin ein erstes Mal irritiert und konsultiere den Duden, um mir Klarheit zu verschaffen, was Konzeption eigentlich heisst. Er bietet mir zwei Definitionen für Konzeption an: «geistiger, künstlerischer Einfall, Entwurf eines Werkes» oder «klar umrissene Grundvorstellung, Leitprogramm, gedanklicher Entwurf».

Ich überlasse es dem Leser, nach dem Studium des Berichts eine persönliche Wertung vorzunehmen.

Andererseits berücksichtigt der Bericht (bewusst) das laufende Projekt «Bevölkerungsschutz», insbesondere die sogenannte Grundstruktur, (fast) nicht. Dort sind die Feuerwehren ein Mittel der Struktur, ein wichtiges, aber nicht das einzige Mittel. Daraus ergeben sich teilweise andere Folgerungen, als sie im Bericht gezogen werden. Erst in den Vorbemerkungen der Expertengruppe (Ziffer 9.1) wird darauf hingewiesen, dass *«allfällig unterschiedliche Auffassungen,* insbesondere über Schaden- und Bedrohungsszenarien, die zu Diskussionen Anlass geben könnten, *gewollt sind»* und angefügt: *«Bei der Umsetzung sind die Besonderheiten und spezifischen Bedürfnisse der Kantone zu berücksichtigen.»*

Ich bin ein zweites Mal irritiert und frage mich: Gibt es eine schweizerische Doktrin Feuerwehr, oder gibt es sie nicht? Sind die klar formulierten Forderungen eine «Verhandlungsbasis»? Besteht nicht die Gefahr, dass Positionen zu Verhärtungen führen? Mir wäre es lieber gewesen, wenn diese Forderungen als Grundlagen oder Thesen in die Projektarbeit eingeflossen wären. Dann könnten sie wirklich einen echten Beitrag zum hochgesteckten Ziel leisten: *«Je besser die Massnahmen im Verbund aller Partner vorbereitet werden und je einfacher die Strukturen sind, um so grösser ist die Chance, Leid und Schäden in Grenzen zu halten»* (letzter Satz des Vorwortes). Nach meiner Auffassung erfüllt der Bericht die Anforderungen eines Expertenberichtes. Nicht mehr und nicht weniger. Nach Duden ist ein Experte «jemand, der auf dem in Frage kommenden Gebiet besonders gut Bescheid weiss, ein Sachverständiger».

Und ich bin ein weiteres Mal irritiert, weil die 22 Grundsätze bzw. die Erläuterungen zu den 22 Grundsätzen bzw. die 4 Folgerungen bzw. die 3 Empfehlungen der Expertengruppe unterschiedlich interpetiert werden können.

FOTOS: F. FRIEDLI

Regierungsrat Werner Niederer AR stellte an der Medienkonferenz vom 22.2.1999 die Konzeption «Feuerwehr 2000 plus» vor.

Ernst Bischofberger, Sekretär der Regierungskonferenz (RKKF).

Beispiele

Beispiel 1: In der Begründung zum Grundsatz 9 steht auf Seite 22: *«Die Zivilschutz-Rettungszüge haben (...) keinen Einfluss auf die Bestände der Feuerwehren»*. In der Begründung zum Grundsatz 10 steht: *«dass die Aufgabenbereiche der Feuerwehr und des bisherigen Zivilschutzes sinnvoll zusammengelegt und unter ein Kommando gestellt werden sollten»*. Demgegenüber steht zum «kantonalen Feuerwehrwesen» auf Seite 8: *«Zur Bewältigung von Alltags- und Grossereignissen in Frieden und bei bewaffneten Konflikten genügen in der Regel die heute vorhandenen personellen und materiellen Mittel...»*

Die Irritation wird verstärkt, wenn ich auf Seite 4 lese: *«Auch die Feuerwehren bekommen Engpässe bei den finanziellen Mitteln der öffentlichen Hand und die abnehmende Bereitschaft für freiwillige oder teilentschädigte Tätigkeiten (...) zu spüren...* Oder bei der Darlegung der Entwicklungen auf Seite 11: *«Dies führt zu höheren Anforderungen an die Ausrüstung, verlangt eine professionellere Qualität der Hilfeleistung und bringt eine höhere Belastung des Personals.»* Und dann lese ich auf Seite 7 (Ziffer 7.3): *«Die Feuerwehren sind bereit, ihren Beitrag im Verbund weiterhin und bei Bedarf mit erweiterten Aufgaben wahrzunehmen.»* Allein diese Aussagen fordern eine Verbundlösung, eine Beschränkung auf Kernkompetenzen usw.

Beispiel 2: Auf Seite 9 (Ziffer 1.2) steht: *«Beim Zivilschutz besteht heute die Situation, dass er wohl als kantonale Organisation gilt, diese aber nach strengen Vorgaben des Bundes zu organisieren ist.»* Diese Aussage ist falsch und erstaunt

mich, weil in der Expertengruppe mindestens ein Zivilschutzexperte war.
Artikel 8 des Zivilschutzgesetzes: «Jede Zivilschutzorganisation umfasst unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse verschiedene Dienste.» Artikel 13 der Zivilschutzverordnung präzisiert: «Das Departement erlässt Richtlinien über die Gliederungen und Sollbestände.» Und im Zivilschutz-Leitbild wird auf Seite 26 konkretisiert: «Die Zuteilung der Rettungsformationen an die ZSO ist Sache der Kantone. Hierbei sind das kantonale Feuerwehrdispositiv und die Möglichkeit der regionalen Konzentration im Stützpunktsystem zu berücksichtigen.»
Der Kanton Thurgau hat diesen grossen Handlungsspielraum so umgesetzt: Vom Kontingent (Zivilschutz '95) von 108 Rettungszügen hat er vorerst deren 83 «bezogen»; nach der Optimierung (per 1.1.1999) sind es noch 55 Rettungszüge.
Fortsetzung der Irritation im Kapitel «Risiken und Gefahren» (Seite 12/13): Mich irritiert, dass die Bewältigung von Ereignissen primär mit statistischen Wahrscheinlichkeiten begründet, in absoluten Zahlen belegt und quantifiziert wird: *«ein zivilisationsbedingtes Grossereignis (...) könnte in vielen Kantonen mehrfach, gleichzeitig und selbständig mit den vorhandenen Mitteln der Feuerwehren bewältigt werden (Kanton AG: 10, LU: 5, ZH: 15 Ereignisse)* oder *«Katastrophen von nationaler Bedeutung (...) waren in den letzten 50 Jahren keine zu verzeichnen.»*
Mit Verlaub muss hier die Frage gestellt werden: Warum wurde dann die Armee (noch?) nicht abgeschafft? Warum werden Feuerwehren, die pro Jahr nicht 10 bis 20 Hilfeleistungen durchführen können (Seite 22) nicht abgeschafft? Warum brauchen wir dann noch Rettungstruppen, usw.? Diese Zahlenakrobatik ist genauso problematisch wie die jährlich erscheinende Statistik über die Mietzinse: Was nützt es mir, wenn der statistische Mietzins für meine Wohnung 960 Franken beträgt, ich aber effektiv 1850 Franken bezahle? Hier müssten, wie im Bericht KATANOS, Kenngrössen, zum Beispiel «das gewichtete Risiko», berücksichtigt werden.

Dienstpflichtmodell

Eine (mindestens für diesen Artikel) letzte Irritation ergibt sich bei der Empfehlung bzw. Erläuterung zum Abschnitt 7.3 «Dienstpflichtmodell»: *«Eine Allgemeine Wehr- und Schutzdienstpflicht (...) ist (...) abzulehnen.»* Und dies obwohl die Expertengruppe Auftrag und Ziel hatte, *«Doppelspurigkeiten zu beseitigen und die Aufgabenteilung im Schnittstellenbereich zu hinterfragen»*. Hier genügt mir der marginale Hinweis *«ist die heutige, seit der Reorganisation 95 gültige Dienstpflichtregulierung mit einigen Anpassungen zweckmässig»* nicht. Wie soll über diesen Punkt noch verhandelt werden, wenn man andere Lösungen rundweg ablehnt? Warum wurden Alternativen nicht einmal in Erwägung gezogen, um eben diese Doppelspurigkeiten zu eliminieren?
So werden wir auch in Zukunft mit dem schizophrenen Zustand leben müssen, dass Einsatzkräfte mit unterschiedlichem Status im Einsatz sind: Feuerwehrleute und Zivilschutzangehörige. Und diese Zivilschutzangehörigen unterstützen die Feuerwehr nicht nur im Einsatz. Sie bezahlen den Einsatz der Feuerwehr mit, weil sie eine Feuerwehrersatzabgabe entrichten müssen!
Spätestens hier werde ich den Eindruck nicht los, dass auch Besitzstanddenken die Expertenarbeit beeinflusste. Anders kann ich mir die Forderungen *«eine für die Angehörigen der Feuerwehr gerechte Lösung der Dienstpflicht»* nicht erklären. So werden Armee und Zivilschutz zu reinen «Personallieferanten» degradiert, und der letzte Satz des Vorwortes *«Je besser die Massnahmen im Verbund aller Partner vorbereitet werden und je einfacher die Strukturen sind, um so grösser ist die Chance, Leid und Schäden in Grenzen zu halten»* wird zur Worthülse.

Bilanz

Nach mehrmaligem Lesen des Berichtes und nach einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der Expertengruppe ziehe ich folgende Bilanz:

1. Ich empfinde es als Mangel, dass im Bericht Begriffe gebraucht und Aussagen gemacht werden, die nicht klar definiert sind. Damit entsteht ein Interpretationsspielraum. Und Interpretationen führen zu Meinungsverschiedenheiten. «Rote Köpfe» sind die Folge. Ist das die Absicht der «Verfasser»? Hier besteht Handlungsbedarf.
2. Mir fehlt eine klare Struktur: Ist- und Soll-Zustand werden ebenso vermischt wie Aussagen über das Heute und Morgen. Mir wäre eine klare Definition der Ziele und Kernkompetenzen einer Feuerwehr hilfreich.
   Zum Beispiel: Die Feuerwehr
   - ist ein rasches Ersteinsatzelement,
   - richtet sich personell und materiell auf Alltagsereignisse aus,
   - wird unter Berücksichtigung von Gefahren und Risiken organisiert und
   - wird bei Grossereignissen und Katastrophen im Verbund eingesetzt.
3. Ich empfinde den Bericht als eine Mischung bzw. Vermischung von Strategie und Einsatzorganisation bzw. Taktik und Technik. In der jetzigen Phase sollten wir über die Strategie des Bevölkerungsschutzes (und damit auch der Feuerwehr) reden und nicht bereits über Organigramme mit Anzahl Personen oder Formationen.
4. Für mich ist der Bericht zu sehr auf Zahlen aufgebaut und wird mit Statistiken und Referenzbeispielen belegt. Das erinnert mich an den Ausspruch «Traue keiner Statistik, die du nicht selber gefälscht hast...»

Irritation heisst «unsicher machen». Die Arbeit in den Teilprojektgruppen «Bevölkerungsschutz» wird eine Klärung bringen oder bringen müssen. Damit wird das angestrebte Ziel, wenn auch über Umwege und mit Reibungsverlusten, erreicht. Ich hätte mir gewünscht, dass das Wort des österreichischen Arztes und Publizisten Ringel dem Bericht als Leitidee Pate gestanden wäre: «Es geht nicht nebeneinander, es geht nicht gegeneinander, es geht nur miteinander.»

Niklaus Stähli

«Feuerwehr 2000 plus»

Absage an einen modernen Bevölkerungsschutz

Die Konzeption «Feuerwehr 2000 plus», die Ende Februar dieses Jahres von der Regierungskonferenz zur Koordination des Feuerwehrwesens mehrheitlich verabschiedet und der Öffentlichkeit vorgestellt worden ist, ist aus meiner Sicht und aus der Sicht des heutigen Zivilschutzes eine einseitige und isolierte Darstellung des Feuerwehrwesens in der Schweiz und eine Absage an ein zukünftiges System eines umfassenden Bevölkerungsschutzes und eine Festschreibung des heutigen Zustandes, des status quo. Gefragt ist heute und in der Zukunft eine Gesamtschau, diese vermisse ich in dieser Konzeption schmerzlich.
Ich gehe im folgenden nicht näher auf die 22 Grundsätze und deren Schlussfolgerungen ein. Sie zielen, so sie über den Rahmen des Feuerwehrwesens hinausgehen, mehrheitlich in die falsche Richtung und propagieren den Alleingang, nicht den Verbund, nicht die Kooperation. Sie zeugen zudem von einem Absolutheitsanspruch und einer Überheblichkeit, die die Sicht aufs Ganze vernebelt und Kommen-

tare überflüssig macht. Ich will hingegen mit dieser Stellungnahme aus der Sicht des Zivilschutzes den Weg für einen zukünftigen Bevölkerungsschutz aufzeigen.

Worum geht es denn wirklich?

Die Welt, und mit ihr die Schweiz, befindet sich in einer sicherheitspolitischen Übergangsphase. Der globale nukleare Schlagabtausch und grosse, raumgreifende Angriffe gegen Westeuropa in den nächsten Jahren sind unwahrscheinlich geworden. Wir sprechen heute für diese Szenarien von einer Vorwarnzeit von 10 Jahren.
Viele Menschen bei uns verbinden das Gefühl von Furcht und Unsicherheit nicht mehr zuerst mit Krieg. Statt dessen beunruhigen sie zunehmend natur- und zivilisationsbedingte Katastrophen und gesellschaftliche Notlagen.
Die Verlagerung der öffentlichen Risikowahrnehmung stellt die verantwortlichen Behörden vor eine doppelte Herausforderung. Zum einen müssen sie die Entwicklung aus einer gesamtheitlichen Sicht beurteilen: Gegen welche «neuen» Risiken sind vorsorgliche Massnahmen zu ergreifen, wo können Anstrengungen vermindert und wo soll an Bewährtem festgehalten werden? Zum andern können die Behörden heute nicht davon ausgehen, dass ihre langfristig angelegte Lagebeurteilung Bestand haben wird. Für die Amerikaner bleibt zum Beispiel die Raketenbedrohung weiter ein Thema, das auch für uns rasch aktuell werden könnte. Dies hat auch die Kommission Brunner festgestellt. Nun stellt sich die Frage, wie wir dieser komplexen, vernetzten und vielschichtigen Bedrohung effektiv und wirtschaftlich begegnen können.

Die Holding als moderne Antwort

Der heutige Zivilschutz, die Feuerwehren und alle übrigen im Rettungsgeschäft tätigen Partner müssen unter ein gemeinsames Holdingdach zusammengeführt werden. Ein Zusammenschluss macht Sinn, weil damit die vorhandenen Doppelspurigkeiten endlich eliminiert und Synergien erschlossen werden können.
Seit längerer Zeit, aber vor allem seit dem letzten Herbst, als das gesamtschweizerische Projekt «Bevölkerungsschutz» von Bundesrat Adolf Ogi gestartet worden ist, diskutieren die Partner in der Katastrophenhilfe solche Verbundlösungen für einen umfassenden und effizienten Schutz unserer Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlagen. Der sicherheitspolitische Bericht «Sicherheit durch Kooperation», der zurzeit in der Erarbeitung steht, wird bereits diesen Sommer für die neue Armee, den neuen Bevölkerungsschutz und die andern sicherheitspolitischen Mittel Leitplanken festlegen. Er wird auch klar zum Ausdruck bringen, dass in Zukunft eine erfolgreiche Bewältigung der Risiken und Gefahren nur in Kooperation und nicht im Alleingang Sinn machen wird. Grundsätze wie Zusammenarbeit, Ergänzung, Unterstützung, Absprachen und Erschliessung von Synergien sollen nicht Lippenbekenntnisse bleiben. Diese Grundsätze berücksichtigt die «Konzeption» Feuerwehr 2000 plus nicht. Sie beschränkt sich weitgehend auf die normale Lage und die Probleme der Alltagsfeuerwehr.

Anforderungen an die neue Organisation

Der neue Bevölkerungsschutz soll in Zukunft Risiken und Gefahren bei Notlagen und Katastrophen, Auseinandersetzungen unterhalb der Kriegsschwelle sowie Auswirkungen bewaffneter Konflikte abdecken. Die Reihenfolge entspricht den vorgesehenen Prioritäten. Der neue Bevölkerungsschutz soll in besonderen und ausserordentlichen Lagen die folgenden sicherheitspolitischen Aufträge wahrnehmen:

- die Sicherstellung der zivilen Führungsfähigkeit der Behörden,
- den Schutz der Bevölkerung und der Kulturgüter,
- die Hilfeleistung, Rettung und Brandbekämpfung,
- die Betreuung und Instandstellung.

Die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen muss dazu neu geregelt werden. Doch soll die operative Verantwortung grundsätzlich bei den Kantonen liegen.
Auch ein zukünftiges Dienstpflichtsystem, in dem alle Beteiligten mit gleichen Rechten und Pflichten versehen sind, ist anzustreben. Aus Sicht des heutigen Zivilschutzes ist die in den letzten Jahrzehnten aufgebaute bauliche und materielle Infrastruktur aufrechtzuerhalten, den verschiedenen Partnern wenn nötig zur Verfügung zu stellen und die Werterhaltung mittel- und langfristig sicherzustellen.
Dies ist, davon bin ich überzeugt, eine moderne zivile Gesamtlösung, in die jeder Partner, auch die Feuerwehr, seine Kernkompetenzen einbringen kann und muss.
Wir, der heutige Zivilschutz auf Stufe Bund und in den Kantonen, sind bereit, unseren Beitrag an zukunftsorientierte Lösungen zu leisten. Vorbehaltlos und offen.
Diese Offenheit und den nötigen Weitblick vermisse ich in der Konzeption «Feuerwehr 2000 plus».

Paul Thüring,
Direktor Bundesamt für Zivilschutz

SRK: Internationaler Kongress in Nottwil

Frei. «Das Management des öffentlichen Gesundheitswesens im Katastrophenfall» war das Thema des 3. Internationalen Kongresses, der vom 3. bis 5. März im Ausbildungszentrum des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK) in Nottwil LU stattfand. Fachleute aus der Schweiz und dem Ausland informierten kompetent über Katastrophenereignisse und ihre Bewältigung.
Am ersten Tag wurden Unfallereignisse auf Transportwegen behandelt: Massenkollision auf der Autobahn – Gefahrengutransporte – Transportunfälle mit radioaktivem Material – Brand im Bözbergtunnel – Tanklastwagenbrand in Zürich – Polycom, das Schweizer Sicherheits- und Rettungsfunknetz.
Am zweiten Tag standen Naturereignisse im Vordergrund. Einige der Themen waren: Erdbeben, Vorhersage und Planung der Rettung Verletzter – Elektronische Kommunikationsmittel für Bereitschaft und Einsatz bei Erdbeben – Krisenintervention und -management beim Grubenunglück in Lassing – Befreiung der Opfer und Aufbau eines medizinischen Vorpostens – Einsatz der Medizinisch-chirurgischen Gruppe beim Erdbeben in Italien 1997 – Beben von Beni-Chougrane 1994.
Sehr eingehend wurden zudem die Folgeerscheinungen bei Rettern und Opfern nach einer Katastrophe erörtert: präventive Massnahmen zur Erhaltung der psychischen Gesundheit nach schweren Belastungen – Folgeerscheinungen nach psychischen Traumata bei Opfern von Ausnahmesituationen – einsatzspezifische Belastung im Rettungsdienst und die Möglichkeit ihrer Bearbeitung – psychische Traumata bei Kindern – Notfall des Genfer Flughafens angesichts des Unfalls der SR 111 in Halifax.
Am dritten Tag standen «von Menschen gemachte» Katastrophenszenarien auf dem Programm: Medizinische Einsatzplanung für die Olympischen Spiele Sydney 2000 – Die Bewältigung von Terrorismusattacken in Grossbritannien – Fussball-WM 1998 in Frankreich – Sanitätsdienst bei schweren Flugunfällen an Airshows – Medizinisches Management bei Grossveranstaltungen – Sicherstellung von Rettungsmöglichkeiten bei Massenveranstaltungen – Erstellen eines Modells der Organisation der Sanitätsrettungsdienste.
Der Kongress stiess auf enormes Interesse, waren doch praktisch alle Referate ausgebucht.

Motion: Neuer Armee-Einsatz im Ausland

red. Die Liberale Fraktion des Nationalrates will das Flüchtlingsproblem an der Wurzel in den Griff bekommen: Aus Freiwilligen zusammengesetzte Einheiten der Armee sollen im Ausland, und zwar in der Nähe von Krisengebieten, Flüchtlingslager einrichten und betreiben. In einer am 15. Dezember 1998 eingereichten Motion lädt sie den Bundesrat dazu ein, die für einen solchen Einsatz notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. In der Motionsbegründung wird darauf hingewiesen, dass die Behandlung der Flüchtlinge in unserem Land gemäss geltender Asylgesetzgebung zwangsläufig eine reine Symptombekämpfung sei. Ein Land mit humanitärer Tradition wie die Schweiz müsse jedoch Anstrengungen unternehmen, den Flucht- und Migrationsbewegungen am Ursprungsort beizukommen und hilfesuchenden Menschen in sicherer Umgebung in der Nähe ihrer Herkunftsländer vorübergehend zu helfen.

Gelbmützen in Bosnien: Neuer Kommandant

red. Wie das Amt für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) Ende Februar mitteilte, hat Oberst Marcel Magnin das Kommando über die 55 in Bosnien-Herzegowina stationierten Schweizer Gelbmützen übernommen. Magnin war bis dahin Kommandant des Ausbildungszentrums für friedenserhaltende Operationen. Magnin löste in Bosnien Oberstleutnant Karl-Heinz Graf ab und wird seine Funktion bis Ende Juli ausüben.

Personelles aus dem Samariterbund

red. Nach achtjähriger Zugehörigkeit zum Zentralvorstand des Schweizerischen Samariterbundes hat Charles Jenni, La Chaux-de-Fonds, auf die kommende Abgeordnetenversammlung seine Demission eingereicht. Der Vertreter des Kantonalverbandes Neuenburg war 1991 an der Abgeordnetenversammlung (AV) in Disentis in das Leistungsgremium des SSB gewählt worden. Nun müssen die Abgeordneten am 19. Juni 1999 in Neuenburg seine Nachfolge bestimmen.

Seit einigen Wochen sind alle Kaderstellen im Zentralsekretariat des Schweizerischen Samariterbundes besetzt. Leiter der neuen Abteilung Marketing und Public Relations ist Gery Meier. Der frühere administrative Direktor des Schweizerischen Turnverbandes hat beim SSB ein 80-%-Pensum. Daneben arbeitet er freiberuflich als Berater. Ebenfalls ein 80-%-Pensum hat Rita Lanz, die neue Assistentin des Zentralsekretärs. Auf dem Weg zum abgeschlossenen Geschichtsstudium war sie immer berufstätig. So hat sie sich als Sekretärin einer Kantonalpartei auch mit den Freuden und Leiden von Profis in Milizorganisationen vertraut gemacht.

Am 11. Januar ist SSB-Ehrenmitglied Trudi Christen-Maibach von ihrem langen Leiden erlöst worden.

Verwurzelt im Samariterverein Langenthal und im Kantonalverband Bernischer Samaritervereine, wurde Trudi Christen als 38jährige Samariterin 1958 in den Zentralvorstand gewählt. Die Erneuerung der Zentralorganisation des Schweizerischen Samariterbundes und die bessere Anerkennung der Frauen waren ihre grossen Anliegen. Bei ihrem Rücktritt 1975 wurde sie vom SSB mit der Ehrenmitgliedschaft ausgezeichnet.

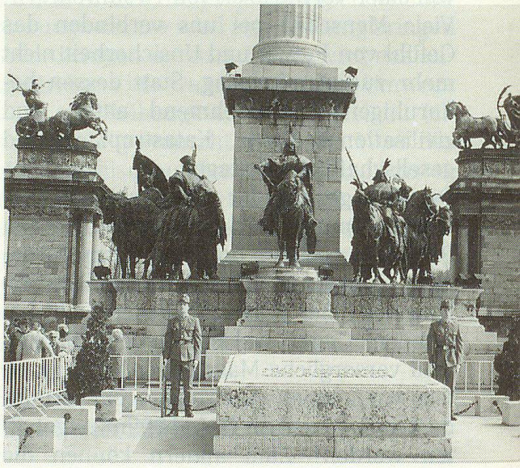
Im Herbst 1977 erlitt sie eine schwere Hirnblutung, die sie für immer pflegebedürftig machte und ihr jede weitere Anteilnahme an der Entwicklung der Samariterbewegung verunmöglichte. Trudi Christen wird uns als starke, liebenswürdige Frau in Erinnerung bleiben. (th.)

Ungarn und Schweiz: Sicherheitsabkommen

pd. Die Behörden Ungarns und der Schweiz wollen in Zukunft bei der Verbrechensbekämpfung enger zusammenarbeiten. Wie das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) bekanntgab, unterzeichnete Bundesrat Arnold Koller zum Abschluss seines kürzlichen Besuches in Budapest ein Abkommen über die Bekämpfung der Kriminalität. Das Abkommen betrifft die organisierte Kriminalität einschliesslich des illegalen Drogenhandels, die Geldwäscherei, die Wirtschaftskriminalität und den Terrorismus. Aufgrund des Abkommens können die Behörden beider Länder Informationen und personenbezogene Daten direkt austauschen.

Koller wurde während seines zweitägigen Arbeitsbesuches in Budapest von Staatspräsident Arpad Göncz, Aussenminister Janos Martonyi und Innenminister Sandor Pinter empfangen. Gesprächsthemen waren die Zusammenarbeit im Polizei- und Justizbereich, Asylfragen und Ergebnisse der Schweizer Osthilfe.

Auf unserem Bild ein Ausschnitt des Heldenplatzes, zu dem ausländische Staatsbesuche in der Regel geführt werden.



FDP Schweiz: Offensive der inneren Sicherheit

red. «Eine neue Offensive der inneren Sicherheit tut not», schreibt Johannes Matyassy, Generalsekretär der FDP Schweiz, in der Märzausgabe 99 von «Freisinn FDP».

Aufgeschreckt durch immer neue Meldungen über unbegreifliche Gewalttaten in der Schweiz, über neue Formen der organisierten Kriminalität, über Internet-Pornographie und -pädophilie, Einbruchserien und andere kriminelle Handlungen, sieht die FDP dringenden Handlungsbedarf. Ein Klima der Unsicherheit habe sich breitgemacht, Einwohnerinnen und Einwohner fühlten sich persönlich bedroht, schreibt Matyassy. Wer die dunklen Kräfte bekämpfen wolle, müsse der Polizei und Justiz auch die notwendigen Mittel in die Hand geben. Unter diesen Aspekten hat die FDP Sicherheit zum Thema gemacht. Die ordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz vom 23./24. April in Brig wird sich deshalb mit einem Positionsbezug zur Sicherheit in der Schweiz befassen.

Intégrer la protection civile dans les programmes scolaires

Face à l'accroissement du nombre de catastrophes et de victimes de catastrophes dans le monde, il est plus que jamais nécessaire de penser en termes de prévention et de préparation face aux situations d'urgence.

Dans la plupart des pays, des programmes d'information et d'éducation de la population en vue de prévenir et de se préparer aux accidents et aux catastrophes sont régulièrement mis en œuvre, à l'initiative des gouvernements et également d'organisations gouvernementales et non gouvernementales.

De nombreux efforts sont ainsi entrepris à tous les niveaux de la société, dans les milieux sociaux et professionnels, en faveur des différentes classes d'âge de la population – jeunes, adultes et personnes âgées – pour développer une culture de prévention et de préparation face aux risques et dangers qui peuvent affecter tant le citoyen que la société dans laquelle il vit.

Les différentes actions qui sont menées dans ce domaine ont démontré partout dans le monde leur efficacité: il est aujourd'hui reconnu et prouvé que l'information et la formation sont les deux plus efficaces moyens de réduire le nombre des accidents et de limiter les conséquences des catastrophes. Il est également reconnu que plus tôt sont inculqués les principes de base en matière d'autoprotection et de responsabilisation face aux dangers et catastrophes, plus positifs en sont les résultats. Les jeunes, enfants et adolescents, sont ainsi la cible privilégiée des campagnes d'information et de formation qui sont régulièrement lancées dans ce domaine.

Ce constat mérite toutefois d'être nuancé. Alors qu'en matière de formation, l'histoire, la géographie ou les mathématiques font l'objet d'approches pédagogiques extrêmement cohérentes, on constate qu'en matière de formation à la prévention et à la préparation aux dangers et aux risques, il n'en va pas de même. En effet, tantôt on insiste sur la préparation aux catastrophes naturelles, tantôt l'accent est mis sur les accidents domestiques ou sur la circulation routière. Enfin, très peu nombreux sont les Etats dans lesquels ces sujets sont traités de manière globale et ordonnée au niveau de l'école.

Dans ce contexte, l'Organisation internationale de protection civile (OIPC) préconise l'élaboration d'une stratégie globale en matière de formation à la prévention et à la préparation face aux accidents et catastrophes, fondée sur la conception et la mise en œuvre de programmes pédagogiques adéquats. En effet, la protection civile s'entend de toutes les mesures visant à prévenir, à se préparer et à intervenir face aux situations d'accidents et de catastrophes, naturelles et dues à l'homme. En ce sens, la protection civile devrait faire l'objet des programmes scolaires, allant de la maternelle à la fin de la scolarité obligatoire et être enseignée comme n'importe quelle autre matière.

L'OIPC entend ainsi promouvoir un concept global de formation en protection civile au niveau scolaire et collaborer à cette fin avec les milieux pédagogiques concernés, tout particulièrement dans les pays en voie de développement, mais également dans les pays développés.

C'est pourquoi, à l'occasion de la Journée mondiale de la protection civile, le 1er mars 1999, et à l'aube du 21e siècle, l'OIPC invite tous les Etats à considérer l'intégration de la protection civile dans les programmes scolaires.

Sadok Znaïdi, Secrétaire général de l'Organisation internationale de protection civile OIPC

Armbanduhr, Quarz
Swiss made, wasserdicht
Metallgehäuse

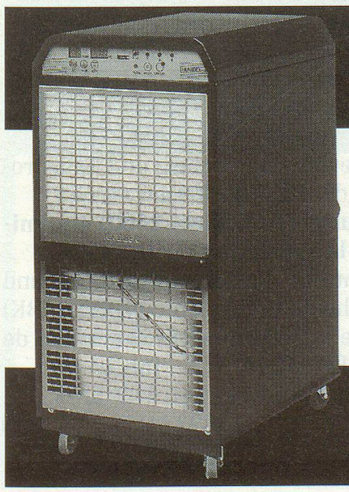
Montre suisse à quartz
boîtier noir, étanche

Orologio svizzero al quarzo
metallo, stagno

Nur Fr. 62.–
statt Fr. 69.–

Bestellung/commande/ordinazione:

Schweizerischer
Zivilschutzverband
Postfach 8272, 3001 Bern
Telefon 031 381 65 81
Telefax 031 382 21 02



De l'humidité dans les abris?

- La nouvelle génération de déshumidificateurs d'air – automatiques, robustes, fiables
- 11 modèles pour toutes les applications
- Mesures gratuites de l'humidité
- Méthode éprouvée depuis plus de 60 ans

Envoyez-moi une information détaillée sur vos déshumidificateurs pour abris:
Nom:
Adresse:
NPA/Localité:
envoyer à: Krüger + Cie SA, 1606 Forel VD

Krüger + Cie SA
1606 Forel VD, Téléphone 021/781 27 91
Münsingen BE, Grellingen BL, Gordola TI, Dielsdorf ZH, Weggis LU, Zizers GR, Samedan GR, Siebnen SZ, Degersheim SG

KRÜGER